

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	4/2013
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	7. Mai 2013
Zeit:	19:10 Uhr – 21:25 Uhr
Ort:	Sitzungssaal im Rathaus
Vorsitz:	Bürgermeister Althoff
Mitglieder anwesend:	Stadträtinnen Hohlwein (im Anschluss an ihre Verpflichtung), von Reumont, Geißler (bis zur Verabschiedung), Endler (im Anschluss an ihre Verpflichtung) und Groesser, Stadträte Eisenhauer, Rupp K., Rupp Ch., Fischer, Bergsträsser, Berroth, Hertel, Keller, Schubert, Holschuh, Rehberger, Streib H., Streib K., Volk, Katzenstein, Schmitz-Günther und Schwenk
weiter anwesend:	Herr Möhrle, Herr Moll, Herr Dr. Scheffczyk
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtin Oppelt, Stadträte Schimpf und Fritsch, Ortsvorsteher Hoffmann
Urkundspersonen:	Stadträte Hermann Streib und Groesser
Sachvortrag:	Herr Möhrle (zu TOP 7); Herr Moll (TOPs 12 – 19), Herr Dr. Scheffczyk (zu TOP 21)
Schriftführerin:	Frau Polte

FRAGESTUNDE

Es werden keine Fragen vorgebracht.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhebt sich der Gemeinderat, wie von der Freien-Wähler-Fraktion angeregt, zu einer **Schweigeminute** im Gedenken an Gerhard Bretzer, der vor wenigen Tagen verstorben ist. Gerhard Bretzer war viele Jahre Neckargemünder Stadtrat, hat die Städtepartnerschaft mit Evian mit großem Engagement gefördert und das öffentliche Leben in seiner Eigenschaft als Vorstand und Mitglied in zahlreichen Neckargemünder Vereinen maßgeblich mitgeprägt.

Der Bürgermeister kündigt an, den in der öffentlichen Tagesordnung vorgesehenen TOP 13 (Kindertageseinrichtungen: Weiterentwicklung der Betreuungsangebote - Schaffung einer zusätzlichen Kinderkrippe in Kooperation mit einem privaten Partner) in die nichtöffentliche Sitzung zu verschieben, da die Verwaltung Informationen über neue Entwicklungen hat, über die nichtöffentlich berichtet werden muss. Dies wird im Gremium zustimmend zur Kenntnis genommen.

1: **Genehmigung des Protokolls Nr. 3/2013 vom 19. März 2013**

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Gemeinderäten im Wortlaut vor.

1.2: **Beratung:**

1.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird genehmigt.

2: **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung des Gemeinderats Nr. 4/2013 vom 19. März 2013 gefassten Beschlüsse**

2.1: **Sachvortrag:**

Der Bürgermeister gibt die Beschlüsse der nichtöffentlichen Sitzung entsprechend der Vorlage bekannt. Die Vorlage des Hauptamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

2.2: **Beratung:**

2.3: **Beschluss:**

3: **Nachrücken von Frau Ursula Hohlwein in den Gemeinderat - Feststellen eventueller Hinderungsgründe nach § 29 der Gemeindeordnung - Verpflichtung durch den Bürgermeister**

3.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Hauptamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt und von Bürgermeister Althoff kurz erläutert.

3.2: **Beratung:**

3.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

- Der Gemeinderat stellt fest, dass bei den Herren Prof. Jung und Hoffmann sowie bei Frau Noll wichtige Gründe gemäß der Gemeindeordnung für die Ablehnung der ehrenamtlichen Tätigkeit vorliegen.
- Nach dem Ausscheiden von Stadträtin Schweiger zum 31.03.2013 rückt Frau Ursula Hohlwein zum 01.04.2013 als nächste Ersatzkandidatin im Wohnbezirk Neckargemünd in den Gemeinderat der Stadt Neckargemünd nach.
- Der Gemeinderat stellt gem. § 29 Abs. 5 GemO fest, dass für das Nachrücken von Frau Ursula Hohlwein keine Hinderungsgründe bestehen.

Anschließend verpflichtet der Bürgermeister Frau Hohlwein auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten gem. § 32 Abs. 1 der Gemeindeordnung.

4: **Ausscheiden von Frau Heike Geißler aus dem Gemeinderat**

4.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Hauptamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Der Bürgermeister stellt die Vorlage kurz vor.

4.2: **Beratung:**

Der Bürgermeister würdigt die Verdienste von Frau Geißler und dankt für ihr Engagement: Fast 10 Jahre habe sie sich im Gemeinderat massiv eingebracht. Sie habe die „grüne“ Politik mitgestaltet und stets für ihre persönlich vordringlichen Ziele Umwelt- und Naturschutz, Kinderbetreuung und Schulen gekämpft, dabei ihre Position sachlich und leidenschaftlich vertreten und gute Ergebnisse erzielt. Das Wohl der Bürgerschaft habe für sie immer an erster Stelle gestanden. Sie sei in einigen Vereinen aktiv, besonderen Respekt habe er vor ihrer Leistung im Verein „Cantamus“, mit dem sie federführend mit ihrem Team Hervorragendes auf die Beine gestellt habe. Dass Frau Geißler nun andere Lebensschwerpunkte setzen wolle, sei nachvollziehbar, dennoch bedaure er ihr Ausscheiden.

Anschließend sprechen die Fraktionen kurze Dankadressen und überreichen Frau Geißler Geschenke. Für die **Grünen** spricht Stadträtin Groesser: man werde Frau Geißler in der Fraktionsarbeit sehr vermissen; dass sie „grüne“ Stimmenkönigin bei der Kommunalwahl im Jahr 2009 geworden sei, zeige deutlich, dass ihre erste Amtszeit nicht ohne Wirkung geblieben sei. Besonders am Herzen gelegen haben ihr die Themen Realisierung der öffentlichen Neubauprojekte im Passivhausstandard, das Naturbad und das Engagement für Kinder sowie für die Musik – so habe sie sich begeistert für das „JeKI“ – Projekt – „Jedes Kind ein Instrument“ – und für „Cantamus“ engagiert. Für die **CDU** berichtet Stadträtin von Reumont, bei der Recherche von Frau Geißlers Biographie habe sie zahlreiche Parallelitäten mit ihrem Werdegang entdeckt – so habe man beispielsweise beim Engagement für die Kinder nahe beieinander gestanden. Sie dankt für die konstruktive Zusammenarbeit, wobei man trotz in vielen Positionen unterschiedlichen Auffassungen immer gut in Kontakt gestanden habe, und wünscht ihr berufliche Zufriedenheit und eine gute Zeit mit ihrer Familie und ihren Hobbies. – Stadtrat Rehberger dankt für die **Freien Wähler** für ihre geleistete Arbeit – aus ihren ideologischen Zielen habe sie nie einen Hehl gemacht und diese vehement vertreten. Besonders gefallen habe ihre Beharrlichkeit und ihre Fähigkeit, sich in neue Themen schnell einzuarbeiten und fundiert zu argumentieren. Für die **SPD** spricht Stadtrat Berroth der scheidenden Stadträtin gute Wünsche für die Zukunft aus –als „Überzeugungstäterin“ habe Frau Geißler

immer Position bezogen und diese mutig beibehalten, auch wenn diese manchmal nicht mehrheitsfähig gewesen sei.

Anschließend dankt Frau Geißler für die guten Wünsche. Ihr Amt habe ihr (fast) immer Freude gemacht – manche Momente seien nicht leicht gewesen. Dennoch habe es im Anschluss an heftige Sachdiskussionen immer ein kameradschaftliches, respektvolles Miteinander gegeben. Sie dankt für diese Möglichkeit, Demokratie zu leben, dem Bürgermeister, der Stadtverwaltung und dem Gemeinderat. Ebenso spricht sie ihrer Familie, den Wählerinnen und Wählern sowie ihrer Fraktion Dank aus.

4.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag von Frau Geißler auf Ausscheiden aus dem Gemeinderat aus wichtigem Grund gemäß § 16 Abs. 1 GemO zum 30. April 2013 einstimmig zu.

Anschließend überreicht der Bürgermeister Frau Geißler ihre Entlassungsurkunde sowie als Abschiedsgeschenke der Stadt einen Blumenstrauß, einen Buchgutschein und einen Wappenkrug.

5: **Nachrücken von Frau Désirée Endler in den Gemeinderat**
- Feststellen eventueller Hinderungsgründe nach § 29 der Gemeindeordnung
- Verpflichtung durch den Bürgermeister

5.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Hauptamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Der Bürgermeister geht kurz auf die Vorlage ein und heißt Frau Endler, die bereits in der Vergangenheit dem Gemeinderat angehört hat, wieder im Gremium willkommen.

5.2: **Beratung:**

5.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

- Nach dem Ausscheiden von Stadträtin Geißler zum 30.04.2013 rückt Frau Désirée Endler zum 01.05.2013 als nächste Ersatzkandidation im Wohnbezirk Neckargemünd in den Gemeinderat der Stadt Neckargemünd nach.
- Der Gemeinderat stellt gem. § 29 Abs. 5 GemO fest, dass für das Nachrücken von Frau Endler keine Hinderungsgründe bestehen.

Anschließend verpflichtet der Bürgermeister Frau Endler auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten gem. § 32 Abs. 1 der Gemeindeordnung.

6: **Umbesetzung von Ausschüssen**

6.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Hauptamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

6.2: **Beratung:**

6.3: **Beschluss:**

a) Der Gemeinderat wählt im Wege der Einigung, wie in der Vorlage aufgeführt, die entsprechenden Personen zu Mitgliedern bzw. zu stellvertretenden Mitgliedern der betreffenden Ausschüsse.

b) Der Gemeinderat nimmt die per Gesetz eintretenden Änderungen bezüglich der Mitgliedschaft von Ortsvorsteherin Anne von Reumont im Ausschuss zur Regelung von Streitigkeiten zwischen den Stadtteilen und in der Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Hollmuth zur Kenntnis und wählt im Wege der Einigung Herrn Peter Gahn als Repräsentanten des Ortschaftsrates Waldhilsbach in den Ausschuss zur Regelung von Streitigkeiten zwischen den Stadtteilen.

7: Feststellung der Jahresrechnung und des Beteiligungsberichts 2011 (Rechenschaftsbericht)

7.1: Sachvortrag:

Die Vorlage des Rechnungsamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt. Herr Möhrle erläutert die wichtigsten Daten zum Jahr 2011: Der Haushaltsabschluss sei im Vergleich zum Plan recht hoch gewesen, bedingt dadurch, dass die Erbschaft Hanna Weis mit eingeflossen sei. Diese sei haushaltsneutral im Ergebnis abgebildet. Kennzeichnend für einen Haushalt sei die Zuführungsrate; nach dem Haushaltsplan sei eine Entnahme vorgesehen gewesen. Im Ergebnis konnten dem Vermögenshaushalt rund 2 Mio. Euro zugeführt werden, vor allem bedingt durch 3 Hauptgründe: die Gewerbesteuer, die grundsätzlich großen Schwankungen unterliegt, werde immer vorsichtig kalkuliert und hatte 2011 eine gute Entwicklung genommen; der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer sowie die Schlüsselzuweisungen vom Land Baden-Württemberg hätten sich ebenfalls günstiger entwickelt als kalkuliert. An Mehrausgaben habe die Gewerbesteuerumlage sowie verschiedene Maßnahmen zur Straßen- und Kanalunterhaltung zu Buche gestanden. Die größten Ausgaben im Vermögenshaushalt seien die Sanierung der Münzenbachhalle, Neubau Kindergarten Kleingemünd und die Altstadtsanierung gewesen. Auf geplante Kreditaufnahmen konnte wegen der guten Zuführung verzichtet werden. Es wurde planmäßig getilgt, der Pro-Kopf-Schuldenstand habe etwas mehr als 750 Euro betragen. Der Rücklage mussten weniger Mittel entnommen werden als geplant. Insgesamt sei festzustellen, dass sich der Haushalt 2011 besser als geplant und erwartet entwickelt hatte.

7.2: Beratung:

Die Fraktionen nehmen Stellung zum Zahlenwerk:

- Für die **CDU** spricht Stadträtin von Reumont: Die CDU-Fraktion sei dankbar für die vierteljährlichen Informationen des Rechnungsamtes zur laufenden Haushaltsentwicklung, so dass man den aktuellen Sachstand mitverfolgen könne, sowie für die stets gute Beratung. Der Rechnungsabschluss 2011 werde als erfreulich eingestuft. Heute zeige sich im Rückblick, dass man alles richtig gemacht habe: vorsichtig zu kalkulieren, dabei die wichtigen Ziele nicht aus dem Auge zu verlieren. Die positive Haushaltsentwicklung habe ermöglicht, in die Unterhaltung der Straßen und des Kanalnetzes zu investieren. Dass auf ein Darlehen verzichtet werden konnte, sollte nicht vom bestehenden Schuldenberg ablenken. Man dürfe sich von diesem aber auch nicht entmutigen lassen, denn es sei enorm und energetisch in die Infrastruktur investiert worden. Dennoch werden in Zukunft die Sporbemühungen immer mehr in den Vordergrund treten müssen, und angesichts der Vielzahl der Kernaufgaben und der Finanzausstattung der Stadt sei klar, dass die Aufgaben nicht allein aus eigener Kraft zu bewältigen sein werden.
- Die Stellungnahme von Stadtrat Rehberger (**Freie Wähler**) ist dem Protokoll als Anlage beigegeben.
- Für Stadtrat Schubert (**SPD**) lässt sich aus dem Zahlenwerk vor allem entnehmen, dass in den letzten Jahren Enormes geleistet worden sei, darauf könne man zu Recht stolz sein. Man wolle auch weiterhin die Stadt lebenswert erhalten. In Anbetracht dessen, dass sich das Bild der Haushaltsplanung im Laufe des Jahres auf-

grund der Entwicklungen immer verschiebt, und unter Berücksichtigung der Finanzausstattung der Stadt, müsse man mit Begehrlichkeiten aufpassen. Für viele Aufgaben sei keine ausreichende finanzielle Grundlage gegeben, und man müsse gegenüber den übergeordneten Gremien lauter werden, um auf die fehlende Finanzausstattung der Städte und Gemeinden hinzuweisen (hier sei etwa der Städte- und Gemeindetag gefordert). Entwicklungen wie in Hessen, etwa die Zwangsverwaltung unter dem „Rettungsschirm“, seien zu vermeiden.

- Stadtrat Schmitz-Günther (**Grüne**) charakterisiert die komfortable Situation des Haushaltsjahres 2011 mit dem guten Gewerbesteuerertrag sowie dem Erhalt der Schenkung von Hanna Weis. Die Finanzausstattung Neckargemünds sei grundsätzlich problematisch, da die Stadt hauptsächlich von Zuweisungen abhängig sei – so könne man nur wenig selbst beeinflussen und steuern. Bedenklich sei auch, dass die Stadt immer weniger Konzessionsabgabe von den Stadtwerken bekomme. Diese würden auf Kosten der Stadt konkurrenzfähig gehalten. Ebenfalls bestehe in vielen Bereichen der kostenrechnenden Einrichtungen eine schlechte Kostendeckungsrate. Hier mit Gebührenerhöhungen nachzusteuern, sei unbeliebt, aber ein Verzicht darauf nicht zu verantworten. Die Auffassung, die großen Infrastrukturmaßnahmen seien nun nahezu abgeschlossen, teile er nicht – in verschiedenen Bereichen, insbesondere im Klimaschutz, schiebe man noch einen großen Investitionsberg vor sich her; hier müsse man sich Gedanken machen, wie man in Zukunft sparsam an diese Aufgaben herangehen könne. Auf positive Effekte wie 2011 könne man nicht auf Dauer bauen.

7.3: **Beschluss:**

1. Das Ergebnis der Jahresrechnung der Stadt Neckargemünd für das Jahr 2011 wird festgestellt auf:

Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	36.017.445,29 €
des Vermögenshaushaltes	<u>9.658.859,07 €</u>
zusammen	45.676.304,36 €

Stand des Vermögens	119.555.988,63 €
Stand der Schulden	10.409.779,67 €

2. Der Beschluss ist der Rechtsaufsichtsbehörde unverzüglich mitzuteilen und ortsüblich bekannt zu machen. Gleichzeitig ist die Jahresrechnung mit Rechenschaftsbericht an 7 Tagen öffentlich auszulegen. In der Bekanntgabe ist auf die Auslegung hinzuweisen.

8: **Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2013 - Bestätigung der Gesetzmäßigkeit**

8.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Rechnungsamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt und wird vom Bürgermeister kurz vorgestellt. Nach der Beurteilung der Rechtsaufsichtsbehörde müsse die Stärkung der Ertragskraft des Verwaltungshaushaltes eine vordringliche Aufgabe der Zukunft sein.

8.2: **Beratung:**

Stadtrat Katzenstein spricht an, dass das Schreiben der Rechtsaufsichtsbehörde einige unangenehme Absätze enthalte – insbesondere die mittelfristige Finanzplanung werde stark kritisiert. Er bittet darum, bei künftigen Haushaltsberatungen diesen Aspekt stärker herauszuarbeiten, damit er in der Diskussion besonderen Raum

finden könne. Der Bürgermeister antwortet, die mittelfristige Finanzplanung sei Teil des Haushaltsplanes. In diesem Zusammenhang werden alle anstehenden Projekte stets auch in der mittelfristigen Finanzplanung aufgeführt, und seit Jahren immer wieder diskutiert; sie seien auch in eine Prioritätenliste gebracht worden. Hauptauslöser der schwierigen Situation sei, dass die mittelfristige Finanzplanung grundsätzlich sehr unsicher sei, da sie von der konjunkturellen Entwicklung abhängt. Dennoch seien alle diesbezüglichen Informationen bei der Planung stets mit beachtet worden.

8.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die Bestätigung der Gesetzmäßigkeit zur Kenntnis.

9: **Abschluss der überörtlichen Prüfung - Allgemeine Finanzprüfung der Stadt Neckargemünd 2003-2007**

9.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Rechnungsamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

9.2: **Beratung:**

9.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt den Abschluss der überörtlichen Prüfung zur Kenntnis.

10: **Schöffen für die Geschäftsjahre 2014 bis 2018 - Vorschlagsliste zur Einreichung beim Schöffenwahlausschuss**

10.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Ordnungsamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt; sie wird vom Bürgermeister kurz vorgestellt.

10.2: **Beratung:**

Stadträtin Groesser hebt lobend hervor, dass sich eine so große Anzahl von Bürgern für das ehrenamtliche Engagement gemeldet hat. Stadtrat Katzenstein hat Bedenken, ob die Auslegung der kompletten Liste mit allen Daten datenschutzrechtlich zulässig ist, und bittet das Fachamt diesbezüglich um Prüfung. Dies wird vom Bürgermeister zugesagt.

10.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die in der Vorlage vorgestellte Vorschlagsliste zur Einreichung an den Schöffenwahlausschuss beim Amtsgericht Heidelberg.

Vor Aufruf des nächsten Tagesordnungspunktes verlässt Stadtrat Volk, zugleich 2. Vorsitzender des Gewerbevereines, wegen Befangenheit den Sitzungstisch und nimmt im Zuhörerraum Platz.

11: **Satzung über verkaufsoffene Sonntage 2013 in der Kernstadt Neckargemünd**

11.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Ordnungsamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

11.2: **Beratung:**

Stadträtin von Reumont ist aufgefallen, dass im Satzungstext in der Präambel und vor der Unterschrift als Datum des Beschlusses der 30.4. angegeben ist, die Sitzung jedoch erst heute stattfindet. Die Verwaltung sagt eine entsprechende Korrektur zu. Grundsätzlich wird im Gremium sehr positiv aufgenommen, dass bei den Öffnungszeiten auf die Gottesdienstzeiten Rücksicht genommen wird.

11.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig folgende Satzung:

Satzung über verkaufsoffene Sonntage im Jahr 2013

Aufgrund § 4 Gemeindeordnung Baden-Württemberg in der aktuell gültigen Fassung in Verbindung mit §§ 8 und 14 Gesetz über die Ladenöffnung in Baden-Württemberg in der aktuell gültigen Fassung hat der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd in der Sitzung am 7. Mai 2013 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Verkaufssonntage

Im Gebiet der Kernstadt Neckargemünd dürfen die Verkaufsstellen, abweichend von § 3 Abs. 2 Nr. 1 Gesetz über die Ladenöffnungszeiten in Baden-Württemberg, wie folgt geöffnet werden:

1. **16. Juni 2013** - Lebendiger Neckar
2. **22. Sept. 2013** - Naturparkmarkt
3. **10. Nov. 2013- Bohrer- / Katharinenmarkt**

Die Öffnungszeiten werden jeweils auf die Zeit von 13:00 Uhr – 18:00 Uhr begrenzt.

§ 2 Sonstiges

Während der zugelassenen Zeit sind die Vorschriften des Gesetzes über die Sonntage und Feiertage, des Jugendarbeitsschutzgesetzes und des Mutterschutzgesetzes sowie die Bestimmungen gemäß § 12 Gesetz über die Ladenöffnung zu beachten.

§ 3 Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne von § 15 Gesetz über die Ladenöffnung handelt, wer gegen die Bestimmungen dieser Satzung verstößt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu der in § 15 Abs. 2 Gesetz über die Ladenöffnung jeweils festgesetzten Höhe geahndet werden.

§4 Inkrafttreten

Die Satzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Neckargemünd, 7. Mai 2013

Stadtrat Volk kehrt an den Sitzungstisch zurück.

Vor Aufruf der TOPS 12 bis 19 stellt Stadtrat Bergsträsser den Geschäftsordnungsantrag, die TOPs nach kurzer Vorstellung durch Herrn Moll jeweils ohne Aussprache direkt zur Abstimmung zu stellen. Begründung: die Vorlagen seien hervorragend aufgearbeitet, in der letzten Sitzung des Hauptausschusses am 18.04.13 ausgiebig diskutiert worden, und es gebe keine Alternativen. Stadtrat Schubert unterstützt diesen Antrag. Bürgermeister Althoff wendet ein, dass im Hauptausschuss vorgeschlagen worden sei, dass die Fraktionen kurze Statements zu den einzelnen TOPs abgeben dürfen. Die anschließende Abstimmung ergibt eine Annahme des Antrags mit 14 Ja-Stimmen, 7 Gegenstimmen und 1 Enthaltung.

12: **Kindertageseinrichtungen: Bedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2013/14**

12.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Hauptamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt und wird von Herrn Moll kurz erläutert.

12.2: **Beratung:**

12.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt, auf Empfehlung des Hauptausschusses, mehrheitlich bei 2 Enthaltungen, alle vorhandenen Kinderbetreuungseinrichtungen in die Bedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2013/2014 aufzunehmen. Die Bezuschussung der freien Einrichtungen (Rumpelstilzchen, Waldzwerge, SRH-Kita sowie der Kinderkrippe Rappelkiste e.V.) erfolgt in Höhe der gesetzlich festgesetzten Mindestbezuschussung mit 63 % der Betriebsausgaben bei den Einrichtungen für Kinder über drei Jahren und 68 % der Betriebsausgaben bei den Einrichtungen für Kinder unter drei Jahren.

TOP 13: verschoben in die nichtöffentliche Sitzung (s.o.)

14: **Kindertageseinrichtungen: Weiterentwicklung der Betreuungsangebote - Kindergarten Wiesenbacher Tal – Betriebskonzept**

14.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Hauptamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt und wird von Herrn Moll kurz erläutert.

14.2: **Beratung:**

14.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt, auf Empfehlung des Hauptausschusses, mehrheitlich bei 2 Enthaltungen die bedarfsgerechte Umwandlung der bestehenden GT/VÖ-Gruppe in der Kindertagesstätte Wiesenbacher Tal ab dem Kindergartenjahr 2013/2014 in eine reine Ganztagesgruppe.

15: **Kindertageseinrichtungen: Weiterentwicklung der Betreuungsangebote
- Kindergarten Waldhilsbach – Betriebskonzept**

15.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Hauptamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt und wird von Herrn Moll kurz erläutert.

15.2: **Beratung:**

15.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt, auf Empfehlung des Hauptausschusses, mehrheitlich bei 3 Enthaltungen die bedarfsgerechte Erweiterung der bestehenden Kleinkrippengruppe im Kindergarten Waldhilsbach ab dem Kindergartenjahr 2013/2014 in eine reguläre Krippengruppe.

16: **Ausbau des außerschulischen Betreuungsangebotes an der Grundschule
Neckargemünd: Erweiterung um eine zusätzliche Hortgruppe**

16.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Hauptamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt und wird von Herrn Moll kurz erläutert.

16.2: **Beratung:**

16.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt, auf Empfehlung des Hauptausschusses, mehrheitlich bei 3 Enthaltungen, das bestehende außerschulische Betreuungsangebot an der Grundschule Neckargemünd um eine 4. Hortgruppe ab dem Schuljahr 2013/14 zu erweitern.

17: **Kindertageseinrichtungen: Neufassung des Satzungsrechts
- Gebührensatzung für Kinderbetreuungseinrichtungen
- Benutzungssatzung für Kinderbetreuungseinrichtungen**

17.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Hauptamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt und wird von Herrn Moll kurz erläutert.

17.2: **Beratung:**

17.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt, auf Empfehlung des Hauptausschusses, mehrheitlich bei 3 Enthaltungen die in der Vorlage aufgeführte Gebührensatzung für Kinderbetreuungseinrichtungen und die Benutzungssatzung für Kinderbetreuungseinrichtungen.

- 18: **Außerschulische Betreuungseinrichtungen**
 - **Entgeltordnung für die außerschulischen Betreuungseinrichtungen**
 - **Benutzungsordnung für die außerschulischen Betreuungseinrichtungen**
- 18.1: **Sachvortrag:**
 Die Vorlage des Hauptamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt und wird von Herrn Moll kurz erläutert.
- 18.2: **Beratung:**
- 18.3: **Beschluss:**
 Der Gemeinderat beschließt, auf Empfehlung des Hauptausschusses, mehrheitlich bei 4 Enthaltungen die in der Vorlage aufgeführte Entgeltordnung für die außerschulischen Betreuungseinrichtungen und die Benutzungsordnung für die außerschulischen Betreuungseinrichtungen.
- 19: **Evangelische Kindertagesstätte Kleingemünd: Wiederaufnahme des Betriebs am alten Standort „Im Brühl 12“**
 - **Vertrag über den Betrieb und die Förderung des Kindergartens**
- 19.1: **Sachvortrag:**
 Die Vorlage des Hauptamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt und wird von Herrn Moll kurz vorgestellt.
- 19.2: **Beratung:**
- 19.3: **Beschluss:**
 Der Gemeinderat beschließt, auf Empfehlung des Hauptausschusses, mehrheitlich bei 3 Enthaltungen den Abschluss des beiliegenden Vertrages über den Betrieb und die Förderung des evangelischen Kindergartens am Standort „Im Brühl 12“.
- 20: **Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen**
- 20.1: **Sachvortrag:**
 Es liegen keine Spenden vor, der TOP wird daher von der Tagesordnung genommen.
- 20.2: **Beratung:**
- 20.3: **Beschluss:**
- 21: **Verschiedenes**
- 21.1 **Umbau der Hauptstraße – Beginn 2. Bauabschnitt**
 Frau Polte informiert, dass sich dem Abschluss des 1. Bauabschnitts in der kommenden Woche sofort der 2. Bauabschnitt anschließt. Ab Mittwoch, 15. Mai, soll der 1. Bauabschnitt von Tourist Info bis Marktplatz wieder freigegeben werden; der Verkehr fließt dann von der Hauptstraße über die Kirchgasse (umgedrehte Einbahnstraßenregelung) in die Neckarstraße. Pfluggasse und Brückengasse werden zu Sackgassen, nur von der Neckarstraße aus befahrbar. - Stadtrat Hertel möchte wissen, wie die An-

lieferungen für Anwohner im oberhalb der Baustelle gelegenen Stück der Hauptstraße geregelt sind. Frau Polte verweist diesbezüglich auf eine Kontaktaufnahme mit dem Baustellenkümmerer. Frau Groesser fragt, ob ihre Anregung bezüglich unnötiger Parkschildmasten weitergegeben wurde. Dies bejaht der Bürgermeister; vor Aufstellung der Schilder werde dies mit dem Bauamt abgestimmt. Stadtrat Volk lobt die überaus angenehme Zusammenarbeit mit dem Ingenieurbüro Willareth und hebt hervor, dass die Baustelle, die zum Jahreswechsel 4 Wochen hinter dem Zeitplan lag, inzwischen den Rückstand eingeholt hat und nun pünktlich im Bauzeitenplan liegt.

21.2 Betriebskostenaufstellung

Stadträtin Groesser mahnt die Vorlage der Betriebskostenaufstellung der städtischen Gebäude an. Der Bürgermeister sagt diese zu, bittet diesbezüglich um noch etwas Geduld, bis das Gebäudemanagement wieder komplett besetzt ist.

21.3 Baufirmen-Werbeschild am Tunnelausgang

Stadträtin Endler moniert, dass auf einer Blumeninsel am Tunnelausgang Richtung Neckar ein großes Werbeschild der Fa. Grimmig aufgestellt sei – bekomme die Stadt Geld dafür? Das Schild mache keinen schönen Eindruck.

21.4 Knappenkeller

Stadtrat Keller erkundigt sich nach dem Sachstand. Herr Dr. Scheffczyk erläutert, er habe vor wenigen Tagen mit der Fa. Dombrowski, Herrn Mohr und Bauleiter Walter einen Termin zur Vorab-Abnahme wahrgenommen, worin die noch zu beseitigenden Mängel aufgenommen worden seien. Die Mängelbeseitigung werde ca. 2 Wochen dauern, danach könne die endgültige Abnahme stattfinden, und die Räume werden dann in einem Zustand sein, in dem man sie Interessenten zeigen könne.

21.5 Schaltung der Ampelanlage an der großen Kreuzung

Stadtrat Keller rügt, dass die Ampelschaltung derzeit wieder katastrophal sei, die Rückstaus reichen bis zurück zur Jet-Tankstelle und dem Kleingemünder Kreisel, in der anderen Richtung auf die B 45. Das Problem ist auch zahlreichen anderen Stadträten aufgefallen. Der Bürgermeister will diesbezüglich ein Gespräch mit dem Straßenbauamt führen.

21.6 Sanierung der Banngartenhalle

Stadtrat Rehberger erkundigt sich nach dem Sachstand – wie weit sind die vorbereiteten Arbeiten, und kann in den Sommerferien mit der Umsetzung begonnen werden? Herr Dr. Scheffczyk berichtet, er habe bereits mehrere Gespräche mit dem beauftragten Architekturbüro gehabt; derzeit seien sie an der Detailplanung. Sie haben bereits viel vorbereitet und auf die Freigabe des Haushalts gewartet. Kommende Woche sei ein weiteres Gespräch geplant.

21.7 Entwicklungen an der Grundschule – Einladung Rektor Obermayer in den Gemeinderat

Stadtrat Schwenk regt an, Herrn Obermayer in eine künftige Gemeinderatssitzung einzuladen. Herr Moll antwortet, dies sei bereits im Gemeinderat angeregt worden und von der Verwaltung eingeplant.

21.8 Reparatur der Friedhofsmauer

Stadtrat Eisenhauer berichtet, die Abdeckung der Umfassungsmauer am Friedhof Neckargemünd sei an vielen Stellen schadhaft und müsse repariert werden.

21.9 Trampelpfad am S-Bahn-Abgang Altstadt

Stadtrat Eisenhauer fragt nach den Eigentumsverhältnissen des Geländes hinter dem Bauhof zur S-Bahn und regt an, einen Weg anzulegen. Der Bürgermeister gibt zu bedenken, dass die Anlage eines solchen Weges Folgekosten (Beleuchtung, Winter-

dienst) nach sich zieht und rät dazu, vorerst nichts zu unternehmen. Das Gelände befinde sich in städtischem Eigentum.

21.10 Sicherungsmaßnahmen an der Bahn-Böschung zum Schwimmbad

Stadträtin von Reumont erinnert an die gefährliche Situation, die sich im Zusammenhang mit den Baumrückschnittarbeiten der Bahn an der Böschung zum Schwimmbad ergeben hat. Die Stelle sei ungesichert und es bestehe die Gefahr, dass Schwimmbadbesucher zu Schaden kommen – wer sei für die erforderlichen Sicherungsmaßnahmen verantwortlich – Stadt oder Bahn? Der Bürgermeister sagt eine Prüfung zu.

21.11 Baum-Neupflanzungen

Stadträtin Endler mahnt Ersatzpflanzungen für gefälltte Bäume an zwei Stellen an: am Rehleinbrunnen hinter dem Stadttor sowie in der Güterbahnhofstraße, wo im Zuge des Supermarkt- Neubaus auf dem Grundstück der Feuerwehr ein intakter Baum gefällt worden sei. Sie fragt nach dem Grund für die Fällung. Der Bürgermeister sagt diesbezüglich Prüfung zu. Eine Ersatzpflanzung hinter dem Stadttor solle nach Abschluss des Hauptstraßenumbaus erfolgen.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen

Stadtrat Hermann Streib

Die Schriftführerin

Stadträtin Groesser